



# Preußische Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Mr. 19

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementpreis Mr. 1,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Klaus-Groß-Straße 1. Telefon: S. 8246.

hamburg, den 8. Mai 1915

Anzeigen kosten die für gesetzte Fläche  
pro Zeile oder deren Raum 50 Pf. (der  
Betrag ist stets vorher einzuführen).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

29. Jahrg.

## Brüderlichkeit.

Ger manche Werte hat der Krieg schon verschoben, ja, was man in manchen Kreisen früher für ein Ding der Unmöglichkeit hielt, hat der Krieg zur Wirklichkeit gemacht. Und das ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das er im Volle geweckt hat. Wenn auch ein jeder im Grunde weiter vor allem seinem Ich lebt, so ist doch das Band der Vollseinheit, das man früher weniger fühlte, oft gar vergeblich suchte, jetzt fester geschlungen als je. Über das nicht allzrin. Solch eine Gemeinschaft ist doch noch zu löse, als daß sie von uns als den Vertretern des Brüderlichkeitsgefühls besonders bewundert werden könnte. Wollen wir etwas Besonderes sehen, das uns der Krieg nach dieser Richtung hin gebracht hat, dann müssen wir zu den Schützengräben hinüberblicken, da brauchen in Feindesland.

Aus Feldpostbriefen haben wir ja oft den Geist herausgeföhlt, der da drüben dicht am Feinde herrscht. In interessanter Weise spricht Dr. Albert Moll (Berlin) jetzt in seiner Arbeit über die ärztliche Tätigkeit in den Schützengräben in der „Medizinischen Klinik“ das aus, was uns die Feldpostbriefe der unsern schon so oft ahnen ließen. In der Front draußen, heißt es da, ist einer der Kamerad des andern, da weiß man kaum, wer Vorgesetzter ist.

Wenn wir früher von der Brüderlichkeit sprachen, die das Ziel unseres Strebens sei, dann wurden wir vielfach als Utopisten veracht und verspottet. Nun hat der Krieg mit einem Male bei Tausenden, ja, bei Tausenden, die sich früher durch Klassengegensätze ganz besonders unterschieden, jede Grenze verwischt. Utopia ist geworden zur Wirklichkeit. Die gemeinsame Not, die gemeinsame Gefahr haben eine Gemeinschaft geschaffen, wie sie bei solchen Gegenfählen noch nie dagewesen.

Wagt da noch jemand, die Brüderlichkeit ins Reich der Phantasie zu vertreiben, wagt da noch jemand, sie Wort zu nennen, Schall und Rauch? Die da draußen, sie fühlen jetzt, daß es etwas Höheres, etwas Heiliges ist, diese Brüderlichkeit, etwas, das als Allgemeingut erst einer weiteren Entwicklung, der Zukunft vorbehalten bleibt, und daß sie darum heute vom Spießbürgervolke noch nicht verstanden werden kann.

Ein Stück Zukunftswelt spielt sich da draußen im Schützengraben ab. Und wenn auch nur die gemeinsame Gefahr sie da alle zusammenläßt, es ist Gefühl, daß sie verbindet, und so wird später, wenn das Gefühlsleben im Menschen noch weiter gewachsen ist, auch im sozialisierten Alltag & Leben die Brüderlichkeit zu finden sein. Das Gefühl in seiner edelsten, erhabensten Art wird sie dann alle verbinden, die Liebe. Und daß wir Menschen allemal innerlich dieser beglückenden neuen Welt schon viel näher sind, als die meisten ahnen, das zeigt uns die Brüderlichkeit des Schützengrabens.

## Der Krieg und die heranwachsende Jugend.

II.

Selbstverständlich darf sich die Fürsorge für unsere heranwachsende Jugend nicht auf das körperliche Gebiet beschränken. So notwendig es ist, die Kinder gut zu ernähren und vor schwerer Arbeit zu bewahren, so notwendig es ist, sie durch körperliche Übungen zu kräftigen, ebenso notwendig ist es auch, sie geistig zu tüchtigen Menschen heranzubilden. Der alte Erziehungsgrundfaß: Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper! muß die Richtschnur unseres Tunns und Lassens sein. Eine gute Schulbildung im Grunde mit einer guten häuslichen Erziehung ist deshalb die Voraussetzung einer Erziehung unseres Volkes. In dieser Beziehung darf uns keine Mühe zu groß und keine Geldsumme zu hoch sein, wenn es gilt, dies Ziel zu erreichen. Wieviel auf diesem Gebiete, trotz aller bisherigen Be-

mühungen, noch zu leisten ist, brauchen wir unseren Lesern nicht erst zu sagen, weil sie sich ja ihrer eigenen Jugend noch erinnern und auch wohl schon selbst Kinder haben, an denen sie Beobachtungen machen und Vergleiche anstellen können. Ein wichtiges Kapitel ist auch die berufliche Ausbildung, die vielfach noch sehr im Argen liegt und noch viel zu wünschen übrig läßt. Doch darüber brauchen wir hier an dieser Stelle auch nicht zu sprechen, sitemalen es überflüssig wäre, auf Schäden hinzuweisen, die allgemein bekannt sind.

Von besonderer Bedeutung ist die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend. Die ins Leben tretenden jungen Leute sollen das Wesen des Staates und die Aufgaben unseres staatlichen Organismus kennen lernen, sie sollen auch die Rechte im Staat und ihre Pflichten gegen den Staat erkennen, damit sie wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Sie sollen unterscheiden lernen zwischen Staat und Obrigkeit, und sie sollen lernen, daß die Regierungen und Behörden nicht der Staat sind, sondern nur die Organe des Staates. Wir selbst sind der Staat, die große Masse der Bürger bildet den Staat, und wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, den Staat so zu gestalten und die Staatseinrichtungen so auszubauen, wie es dem Grundsatz der Gleichberechtigung entspricht. Dieser Grundsatz ist durch den Krieg zur Grundlage unseres Staatswesens erklärt worden, und es liegt nun an uns selbst, ihn zu verwirklichen. Und wenn zur Erreichung dieses Ziels Kämpfe politischer und wirtschaftlicher Art nötig sind, so sollen wir vor diesen Kämpfen nicht zurücktreten. Darum müssen die heranwachsenden jungen Leute zu Kämpfern und Kämpferinnen für Recht und Freiheit erzogen werden, deren Ziel ist, ein Staatswesen zu schaffen, über dem die Gerechtigkeit als das strahlende Banner leuchtet. Auch zum Solidarismus müssen sie erzogen werden, damit sie willig und bereit sind, im Verein mit ihren Brüdern und Schwestern sich ein schönes, glückliches Dasein zu erringen. Wenn so die Jugend zu körperlich und geistig tüchtigen Menschen herangebildet wird, dann dürfen wir mit Zuversicht in die Zukunft blicken und wir dürfen die Hoffnung hegen, daß wir die Nachwesen des Krieges in nicht allzu ferner Zeit überwunden haben.

Natürlich bedarf es zur Durchführung all dieser Aufgaben eines großen Aufwands an geistiger Kraft und materiellen Mitteln. Was das Materielle anbetrifft, so haben Staat und Gemeinden die heiligste Pflicht, in reichlichem Maße Geldmittel zur Verfügung zu stellen und Veranstaltungen zu treffen, um die Aufzucht der Kinder zu erleichtern. Vor allen Dingen dürfen sie sich nicht knickerig benehmen und jede nicht unbedingt nötige Ausgabe scheuen; im Gegenteil, sie müssen sich nobel bezeigen und durch die Tat beweisen, daß sie die große Bedeutung einer guten Kinder- und Jugendfürsorge erkannt haben. Jede Knickerigkeit und Hartherzigkeit auf diesem Gebiete wird sich bitter rächen und unerlässlichen Schaden anrichten. Es handelt sich hier durchaus nicht um Almosen und Wohltaten, wie man bisher glaubte, sondern es handelt sich ganz einfach um Vorschüsse auf zukünftige Leistungen, um Auslagen, die durch spätere Arbeit wieder eingebaut werden sollen. Wie ein Landmann Auswendungen macht, um seinen Ader zu verbessern und ertragreicher zu machen, wie ein Fabrikant Geld ausgibt, um seine Anlagen und Maschinen auf die Höhe zu bringen, so muß auch die menschliche Gesellschaft in die heranwachsende Jugend Geld und Arbeit hineinstellen in der festen Gewissheit, daß dies Kapital hohe Zinsen tragen wird. Auf die einzelnen Forderungen, die sich hier aufrütteln, wollen wir nicht eingehen, es möge genügen, man mir sagen, daß keine Ausgabe gespart werden darf, die dazu dienen kann, ein leistungsfähiges Geschlecht heranwachsen zu lassen.

Aber wichtiger noch als die materiellen Mittel sind die geistigen Kräfte, die hier in Bewegung gesetzt werden müssen. Die größte Ausgabe fällt natürlich den Eltern

zu. Vater und Mutter müssen sich ihrer Verantwortung gegenüber ihren Kindern bewußt werden. Dadurch, daß sie ein Kind ins Leben setzen, übernehmen sie die Verpflichtung, das Kind nach besten Kräften für das Leben auszurüsten und es fähig zu machen, den Kampf ums Dasein siegreich zu bestehen. Wer diese heilige Pflicht vernachlässigt, verirrt das Recht auf Vater- und Muttertum. Leider sieht es in dieser Hinsicht noch sehr schlimm bei uns aus. Es gibt noch viel zu viel pflichtvergessene Väter und Mütter, die sich schwer an den Kindern versündigen, und es gibt auch noch zahlreiche Eltern, die wohl den Willen haben, ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun, denen es aber entweder an den nötigen Kenntnissen oder an der erforderlichen Zeit mangelt, um sich den Kindern widmen zu können. Hier könnte man drei Gruppen von Eltern unterscheiden: die einen haben keine Lust, um sich ihrer Kinder anzunehmen und darum muß ihr Pflichtgefühl geweckt und gestärkt werden, wobei manchmal sogar auf Entschuldigung von Zwangsmethoden nicht verzichtet werden kann, die andern haben keine Zeit, um sich ihren Kindern widmen zu können, weshalb ihnen durch Verkürzung der Arbeitszeit hierzu Gelegenheit gegeben werden muß, die dritten endlich besitzen nicht die genügenden Kenntnisse, um die körperliche und geistige Erziehung in richtiger Weise vorzunehmen zu können, und darum ist es nötig, ihnen diese Kenntnisse beizubringen. Dazu rütteln sich auf dem Gebiete der Kinder- und Jugendfürsorge so ungeheure Schwierigkeiten auf, die aber überwunden werden müssen, wenn unser Volk gesund werden soll. Und diese Schwierigkeiten können überwunden werden, wenn alle Kreise unseres Volkes Hand anlegen. Denn nicht nur die Eltern tragen die Verantwortung für ihre Kinder, sondern wir alle, als Glieder eines sozialen Organismus, haben die Mitverantwortung. Dessen müssen wir uns stets bewußt werden, daß wir ein lebhafes Interesse haben an dem Gedeihen der heranwachsenden Generation und daß wir deshalb auch an unserm Teil unsere Schuldigkeit tun müssen. Zum Schlusse wollen wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß selbstverständlich auch die Jugend selbst tatkräftige Mitarbeit leisten muß. Es wäre verkehrt, wenn sie sich passiv verhielte und sich auf die Rolle des Empfangenden beschränkte, sie muß sich vielmehr aktiv betätigen. Im Grunde genommen ist ja doch jede Erziehung eine Selbsterziehung und jede Freiheit eine Selbstbefreiung.

## Von unseren Kollegen im Felde.

Der Kollege Ludwig Salzberger, Mitglied der Filiale München, wurde im 1. bayerischen Landwehr-Infanterie-Regiment zum Befehlshabern befördert. — Das Mitglied Kurt Gottschalk erhielt das Eisernen Kreuz für Tapferkeit. Gottschalk ist Mitglied der Zahlstelle 3 e i 3. — Aus Gießen wird uns berichtet: Unser Kollege Wilhelm Lang aus Ganggöns, der am 8. August als Erstreservist einschüte und noch zurzeit in Russland kämpft, ist jetzt zum Unteroffizier befördert und mit dem Eisernen Kreuz bedacht worden. — Aus Wermershausen wird uns geschrieben: Unsere Mitglieder Franz Matthias aus Lehe und Heinrich Wilhelm aus Stade sind mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden.

## Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Baugewerbe stand im Monat Februar im Zeichen einer starken Besserung, die allerdings im genannten Monat noch nicht allzuviel bedeuten will. Bei den Arbeitsnachweisen, die an die amtliche Arbeitsmarktbürokratierung angeschlossen sind, fanden im Berichtsmonat durchschnittlich auf je 100 offene Stellen 252,15 Arbeitssuchende gegen 363,55 im vorangegangenen Monat. Die Erleichterung war somit ziemlich erheblich: sie betrug 111,40 pro Hundert. In der Regel ist auch in früheren Jahren im Monat Februar eine Umschwung zur Besserung zu beobachten gewesen; doch war die Verminderung der Andrangsgröße häufig weit geringer. Im vergangenen Jahre, wo jedoch der Anstieg im Januar mit 921,72 einen abnorm hohen Stand erreicht hatte, resultierte für den Monat Februar eine Senkung des Andrangs um 493,39. Die Entwicklung der

Andrangsziffer in den einzelnen Monaten der Jahre 1908 bis 1915 geht aus der folgenden Übersicht hervor. Es kommt auf je 100 offene Stellen Arbeitsuchende:

Monat	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915
Jan.	874,00	441,87	499,49	896,58	458,88	530,58	921,72	363,55
Febr.	350,61	648,66	342,27	864,60	357,14	382,66	428,88	252,18
März	156,02	285,04	157,68	101,00	160,96	261,18	181,08	—
April	159,92	126,38	148,78	128,91	144,44	198,21	185,89	—
Mai	150,97	112,25	182,00	116,34	148,31	212,15	187,88	—
Juni	147,58	155,79	159,26	124,86	180,46	185,83	145,87	—
Juli	142,74	147,72	138,57	117,75	139,24	187,50	148,69	—
August	160,88	160,85	145,29	125,38	148,44	219,41	311,19	—
Sept.	184,60	119,85	134,94	100,93	128,92	168,51	204,97	—
Okt.	185,77	189,70	199,45	141,53	168,80	228,28	209,78	—
Nov.	243,40	176,15	236,11	206,20	252,70	486,71	266,69	—
Dez.	380,74	273,79	277,78	266,82	296,81	542,58	248,69	—

Die für den Berichtsmonat festgestellte Besserung der Arbeitsmarktlage wurde bemerkenswerterweise dadurch bewirkt, daß eine wesentliche Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften eintrat. Die Zahl der offenen Stellen, die die Gestaltung der Nachfrage widerspiegelt, bezifferte sich bei den berichtenden Nachweisen im Monat Februar 1915 auf 8800, was gegenüber dem Vormonat ein Plus von 2466 bedeutet. Außerdem verminderte sich noch das Angebot; die Zahl der Arbeitsuchenden, die im Monat Januar insgesamt 23023 betragen hatte, erreichte im Berichtsmonat nur eine Höhe von 22192.

Die Gestaltung der Arbeitsmarktlage in den verschiedenen Berufen wird in den folgenden Abschnitten einer näheren Betrachtung unterzogen. Zusammenfassend ist in der folgenden Tabelle zunächst ein Überblick über die Bewegung des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage in den letzten beiden Monaten dieses und des vorigen Jahres gegeben. Um je 100 offene Stellen herabzudenken sich innerhalb der einzelnen Berufsgruppe durchschnittlich Arbeitsuchende:

Berufsgruppen	1914 Januar	1914 Februar	1915 Januar	1915 Februar
Maurer, Putzer, Stukkateure	857,66	987,96	346,48	308,40
Zimmerer, Treppenmacher	1246,81	649,55	289,90	219,92
Malter, Anstreicher, Lackierer	1021,08	360,81	582,74	298,96
Gläser	483,33	492,42	284,15	475,58
Lebige gelernte Berufe	778,80	742,14	389,18	309,84
Erdbauer, Baufanglöhner, Handlanger	225,42	228,54	94,36	89,58

Während im vorangegangenen Monat in sämtlichen Gruppen eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zu beobachten gewesen war, ergab sich im Berichtsmonat nebstwo überall eine mehr oder minder erhebliche Besserung. Nur am Arbeitsmarkt der Gläser machte die ungünstige Bewegung noch weitere Fortschritte. Den stärksten Rückgang erfuhr die Andrangsziffer im Malergewerbe.

Die vormonatliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in der Berufsgruppe Maurer, Putzer, Stukkateure machte im Berichtsmonat einer leichten Besserung Platz. Im Februar ermittelte sich ein durchschnittlicher Andrang von 308,40, was im Vergleich zum Vormonat eine Erleichterung um 38,08 bedeutet. Seit Kriegsausbruch war naturgemäß die Andrangsziffer recht wesentlichen Schwankungen unterworfen. Es ist dies aus folgender Zusammenstellung ersichtlich, in der die durchschnittlichen Andrangsziffern für das Malergewerbe seit dem genannten Termin aufgeführt sind:

Juli	148,96	November	220,61
August	423,98	Dezember	209,64
September	324,19	Januar	346,48
Oktober	217,67	Februar	308,40

Die Verminderung des Andrangsniveaus im Berichtsmonat wurde dadurch verursacht, daß das Angebot, gemessen an der Zahl der Arbeitsuchenden, eine Abnahme erfuhr, während anderseits die Nachfrage, durch die offenen Stellen ausgedrückt, eine leichte Besserung aufwies. Die Zahl der Arbeitsuchenden betrug nämlich im Februar 609 gegen 7276 im Vormonat, die der offenen Stellen fiel von 2100 auf 2237.

Nach der außfallenden Verschlechterung der Arbeitsmarktlage für die Zimmerer und Treppenmacher im Monat Januar brachte der Berichtsmonat eine Besserung, die allerdings noch nicht stark genug war, um das Andrangsniveau wesentlich zu erhöhen. Bei den berichtenden Arbeitsnachweisen ermittelte sich im Februar eine durchschnittliche Andrangsziffer von 219,92, was gegen den vorangegangenen Monat eine Abnahme um 69,95 bedeutet. In dieser Gruppe gestaltete sich seit Kriegsausbruch die Lage zwischen Angebot und Nachfrage wie folgt:

Juli	160,19	November	162,06
August	119,02	Dezember	189,35
September	123,15	Januar	289,90
Oktober	152,01	Februar	219,92

Wie schon in der zuerst behandelten Berufsgruppe der Kunter, so war auch bei den Zimmerern im Berichtsmonat eine gegenwärtige Bewegung von Angebot und Nachfrage mit einer Tendenz zur Besserung festzustellen. Es verminderte sich die Zahl der Arbeitsuchenden von 4827 auf 207, während hingegen die Zahl der offenen Stellen sich von 1644 auf 1913 vermehrte.

Hatte im Monat Januar die Gruppe der Maler, Anstreicher, Lackierer die wesentliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage angezeigt, so kann man jetzt für den Berichtsmonat festgestellt werden, daß sie hier die bedeutsamste Abnahme der Andrangsziffer ergibt. Im Februar erreichte sie nämlich eine Verhältnisziffer von 308,40, während der vorangegangene Monat einen Andrang von 582,74 gezeigt hatte. Seit Kriegsbeginn dieses neuen Jahrzehnts nahm die Bewegung folgenden Verlauf:

Juli	148,88	November	556,18
August	501,67	Dezember	400,11
September	181,84	Januar	582,74
Oktober	250,72	Februar	296,96

Die oben gekennzeichnete wesentliche Besserung der Situation am Arbeitsmarkt im Berichtsmonat führt daher, daß bei den berichtenden Nachweisen das Angebot, gemessen an der Zahl der Arbeitsuchenden, eine Abnahme von 7564 auf 6447 erfuhr, während auf der andern Seite die Zahl der offenen Stellen um 878 auf 2171 zunahm. Gegenüber Februar 1914 ist der Andrang im Berichtsmonat um 73,66 niedriger. Entsprechend dieser Gestaltung weist auch die Mehrzahl der Landesteile gegen damals eine Erleichterung der Arbeitsmarktlage auf. Die Gebietsteile, in denen dies der Fall ist, sind nachstehend aufgeführt:

Landesteile	1914 Januar	1914 Februar	1915 Januar	1915 Februar
Ost- und Westpreußen	1800,00	288,89	588,87	260,00
Brandenburg mit Berlin	552,84	240,52	889,28	187,04
Pommern	5800,00	1075,00	881,11	547,83
Posen	8566,67	1733,83	187,88	321,48
Sachsen	1292,59	350,86	587,88	816,87
Schleswig-Holstein	1854,54	1069,28	390,48	251,28
Westfalen	1126,27	627,81	408,88	200,00
Hessen-Nassau	1028,88	1086,58	793,75	880,68
Rheinland	770,89	244,87	298,18	207,18
Bayern	956,68	812,81	1829,11	790,35
Württemberg	1766,67	561,05	629,09	890,00
Baden	1849,18	541,26	480,86	288,58
Hessen	3714,29	1828,81	1886,56	615,00
Elsaß-Lothringen	981,48	591,49	371,48	487,50
Deutsches Reich	1021,08	860,61	582,74	268,96

Gegen den Vormonat war in fast allen vorstehend genannten Gebieten eine Senfung der Andrangsziffer zu beobachten. Nur Posen und Elsaß-Lothringen machten hierzu eine Ausnahme. Gegen 1914 vergrößerte sich die Andrangsziffer noch in folgenden Landesteilen:

Landesteile	1914 Januar	1914 Februar	1915 Januar	1915 Februar
Schlesien	—	213,45	829,81	252,94
Hannover	243,40	198,29	757,89	229,86
Königreich Sachsen	1772,08	628,78	1956,76	698,94
Bremen	817,65	118,88	1888,89	806,08
Hamburg	1575,51	158,87	1794,54	868,48

### Jahresbericht des 3. Bezirks.

Die Konjunktur gestaltete sich im Geschäftsjahr 1914 vorwiegend günstig, so daß sich in den Monaten März, April und Mai teilweise ein Arbeitermangel zeigte. Im Gegensatz hierzu traten mit Ausbruch des Krieges Verhältnisse ein, die als trostlos zu bezeichnen waren. Das Vorgehen der beiderseitigen Organisationen wegen der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit hat teilweise Erleichterungen geschaffen. Die Behörden haben die unterbrochenen Arbeiten wieder in Angriff nehmen lassen, was vielfach auch eine günstige Wirkung auf die privaten Auftraggeber ausübte. Wenn sich die Verhältnisse allgemein etwas erträglicher gestalteten, so war dabei nicht ohne Einfluß, daß in vielen Fällen die tarifliche Arbeitszeit herabgesetzt und jede Überarbeit untersagt wurde. Ein weiterer Teil der arbeitslosen Kollegen benutzte jede sich bietende Gelegenheit, um in andern Berufen Unterkunft zu finden. Dadurch kam es, daß schon im Monat September die Zahl der Arbeitslosen wesentlich zurückging und daß es im Oktober stellenweise sogar an Arbeitskräften fehlte. Im November und Dezember gestalteten sich die Verhältnisse jedoch noch günstiger als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Hierbei blieben die fortgesetzten Eingezogenungen zum Militär nicht ohne Einfluß. Von unseren Mitgliedern hatten sich bis zum Jahresende 2209 zum Kriegsdienst abgemeldet, doch kommen noch circa 500 weitere Mitglieder hinzu, die in den ersten Kriegstagen ohne Ablösung abreisten. Während wir in der ersten Hälfte des Geschäftsjahrs über 2500 Neuaufnahmen machen konnten und sich somit die besten Aussichten boten, trat in der zweiten Hälfte des Jahres ein um so größerer Mitgliedertückgang ein. Daß sich darunter auch ein Teil solcher befand, die vom Kriegsdienst bereit sind, ist sehr bedauerlich, doch hat deren beflagten Wertes Verhältnisse die Organisation nicht im geringsten zu erschüttern vermocht. Die hierfür in Frage kommenden haben sich eben selbst für die große Zeit ein schlechtes Zeugnis ausgestellt.

In diesem Jahre wurden durch Verhandlungen erneut Tarifverträge abgeschlossen für die Alsterländer, Altona-Buxtehude, Hadersleben, Lübeck, Oldesloe, Segeberg, Wangerooge und für die Waggonbau-Hell

Verhältnisse zu schaffen, nicht einlösen. Dieser Kampf verloren, weil sich genügend Elemente bereit erklärt hatten, nach Velbert zu gehen.

Eine dreijährige Tarifverlängerung wurde für das Lohngebiet Hamm beschlossen. Die allgemeine Lohnhöhung, verteilt auf drei Vertragsjahre, beträgt 8,- pro Stunde. Ferner wurde für das Lohngebiet ein Arbeitsnachweis eingeführt; die Führung wurde einem Gehilfen übertragen. — Nach dreiwöchentlicher Arbeitsniederlegung, wurde obiger Tarif auch für die Orte Dahlhausen & Linden zur Einführung gebracht.

Der am 1. April abgelaufene Tarifvertrag für Hamm konnte ebensfalls erneuert werden. Die vereinbarte Lohnhöhung beträgt 4,- pro Stunde. Der nun zwei Jahre bestehende, von den Gehilfen geleitete partikuläre Arbeitsnachweis soll in derselben Weise wie bisher weitergeführt werden; die unparteiische Führung und eigenscheide Wirkung fand lobende Anerkennung.

In Brühl bei Köln musste erst zur Arbeitseinstellung gedrillt werden, um den Tarif unter Mithilfe des Cölner Einigungsamtes erneuern zu können.

Die Differenzen bei der Firma H. A. Dirks in Hannover, bei den Asbestenherstellern in Düren wurden friedlich geregelt.

In Neuss bei Düsseldorf erfolgte eine allgemeine Arbeitseinstellung, weil die Arbeitgeber den Abschluss eines Tarifvertrages ablehnten. Dieser Kampf wurde nach neuwöchiger Dauer erfolglos abgebrochen.

Nach zehntägiger Arbeitseinstellung wurde mit der Wagenbauer-Einstellung zu Düsseldorf der bisher bestehende Ladertertarif auf weitere drei Jahre mit wesentlichen Verbesserungen verlängert.

Die Kollegen der Möbelfabrik Melchersmann in Melle bei Bremen reichten die Kündigung ein. Noch vor Ablauf der Kündigung trat das Schiedsgericht, das die vorliegenden Differenzen zur Zufriedenheit beider Teile erledigte.

Die gut einjährende Fortentwicklung der Organisation ist durch den Weltkrieg jäh unterbrochen worden. Es hat nicht in unserer Stadt gelegen, zu verhindern, daß einzelne Zahlstellen infolge der Einberufung aller Mitglieder vollständig verwaist waren. Welche Wirkung dies auf unsern Mitgliederstand ausübte, zeigt die Tatsache, daß am Jahresabschluß 82,6 % d. der am Schlusse des zweiten Quartals vorhandenen Mitglieder zur Fahne berufen waren. Die Zahl der Neuauftakten betrug nur 1419, im Vorjahr 2297 und in dem Jahr vor der Ausperrung sogar 3682.

Durch die Verteilung der Baustelle Grefeld von Duisburg ist die Zahl der Familien um eine vermehrt. Die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt betrug 2646. Da der Übergang der Mitglieder sich in normalen Grenzen bewegte, ist der Mitgliederzugang lediglich in den zum Militär einberufenen Mitgliedern und den weniger gemachten Neuauftakten zu suchen.

Schon ganz früh wurde eine umfangreiche Agitation eingeleitet, welche der Ein- und Durchführung des Reichsarbeitsgerichtes gewidmet war. Neben dieser wichtigen Aufgabe mußten wir uns mit einer vom Arbeitgeberverband ins Leben gerufenen Gründung eines "meisterfreien Gehilfenverbändes" beschäftigen. Als Versuchsort war der Sitz des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbandes bestimmt. Die versendeten Einladungen waren von den Arbeitgeberverstandesmitgliedern Kuhlmann-Barmen und Wipperling-Eberfeld unterzeichnet. Trotz mehrmaliger Versuche ist es zur Gründung nicht gekommen.

Um der über ganz Deutschland durchgeföhrten Frühjahrstagitation hat auch unser Bezirk gebührend Anteil genommen. Wenn auch einige Versammlungen nicht so besucht waren, wie gewünscht wurde, so haben doch die 26 Versammlungen ihren Zweck nicht verfehlt. Eine Unzahl Neuauftakten und Erklärungen zur Nachzahlung der Beiträge waren ein hübscher Erfolg.

Dem Beispiel des Hauptvorstandes folgend, traten auch wir zur gemeinsamen Arbeit an den Westdeutschen Malermeister-Verband heran. Trotzdem ein Vertragsverhältnis hier zurzeit nicht besteht, waren beide Teile der Meinung, daß zur Vinderung der Arbeitslosigkeit in dieser schweren Zeit alles geschehen müsse. Es wurde bereitbart, daß die vom Hauptverband mit den Gehilfenorganisationen vereinbarte Eingabe mit den nötigen Abänderungen ebenfalls verhandelt werden sollte, daß die Löhne nicht gefürzt werden dürften und den Arbeitgebern empfohlen werden müsse, während des Krieges möglichst nicht länger als acht Stunden arbeiten zu lassen. Es wurde aber zum Ausdruck gebracht, daß dieses gemeinsame Vorgehen an der bisherigen Stellungnahme zur Tariffrage nichts ändere. — Später fand eine Verhandlung mit einer Firma in Düsseldorf, deren Inhaber als Führer der Arbeitgeber bekannt ist, statt. Diese Firma verpflichtete sich, für eine bestimmte große Arbeit die Löhne des Reichstariffs zu achten und alle benötigten Arbeitskräfte von unserem Verbande zu beziehen.

An der für das Bau- und die Baubewerbe gebildeten Arbeitsgemeinschaft, die aus 6 Bezirks- und 30 Ortsausschüssen besteht, sind auch wir beteiligt. Unser Verband hat eineVertretung in 4 Bezirks- und 14 Ortsausschüssen. Die dadurch entstandenen Arbeiten sind recht umfangreich. Es ist zu hoffen, daß sich durch diese Arbeitsgemeinschaft die Arbeitsgelegenheit wesentlich verbessert. Als Erfolg — um nur einen Fall anzuführen — ist zu buchen, daß auf Grund einer Eingabe die Stadt Köln die Anstreicherarbeiten der Markthalle, welche 40.000 betragen, vergeben hat.

Nach einer im September aufgenommenen Statistik beschäftigten 1735 Arbeitgeber in 31 Orten 5532 Gehilfen, während 2222 als Arbeitslose gezählt wurden. Mitte Oktober wurden bei 1465 Arbeitgebern in 33 Orten 4987 Gehilfen beschäftigt und 1780 Gehilfen ohne Arbeit angetroffen. Im Dezember wurden 1605 Arbeitgeber in 32 Orten, die 4616 Gehilfen beschäftigten, ermittelt und 622 arbeitslose Gehilfen gezählt.

Aus dieser Feststellung ist ersichtlich, daß die Zahl der im Berufe Beschäftigten von Erhebung zu Erhebung abgenommen hat. Es ist aber auch festgestellt, daß die Zahl der Arbeitslosen ständig abnimmt, die in der Industrie unterschlägt gefunden haben. Am meisten sind von der Arbeitslosigkeit die Orte der Möbelindustrie, wie Herford, Detmold und Melle, betroffen, ferner Eberfeld-Barmen,

Grefeld und Aachen, wo die Textilindustrie vorherrschend ist.

Es fanden im Berichtsjahr im Bezirk 31 öffentliche und 54 Mitgliederversammlungen statt, für die von der Agitationskommission ein Referent gestellt wurde. Des ferneren hielt der Bezirksleiter 42 Vorstands- und Vertreutensmännerversammlungen sowie Werktubebesprechungen ab. Die Dillkassen wurden avansikal revidiert und teilweise die Abrechnungen fertiggestellt; ferner wurden vier Konferenzen abgehalten. In elf Fällen wurde eine Haushaltung vorgenommen und 14 Sitzungen erforderlichen Arbeiten der Arbeitsgemeinschaft für das Bau- und deren Betriebswesen. Mit Arbeitgebern wurde einmal verhandelt. Die Korrespondenz umfaßte 721 Posteingänge und 1121 Postausgänge.

Hiermit ist in kurzen Zügen das im Jahre 1914 Geschehene registriert, woraus ersichtlich ist, daß auch dieses Jahr viel Arbeit brachte. Durch den Eindruck des Weltkrieges ist manches anders geworden, als wir es erwarteten; sobald steht aber fest, daß uns auch diese Zeit gelehrt hat, wie wichtig und notwendig die Organisation ist. Nach Beendigung dieses unheilvollen Krieges wird unsere Aufgabe darin bestehen müssen, die Organisation noch besser auszubauen, da sie nach dem Kriege wohl nötiger gebraucht wird als je zuvor, und deshalb sei der Ruf an alle gerichtet, schon jetzt tüchtig mitzuholen.

Otto Buchelt, Köln a. Rh.

dem gleichen Zeitpunkt N. 1381 296 ausgegeben; zusammen also N. 3 261 751.

Gegen die Einführung der Notstandsunterstützung wurde in Mitgliederkreisen aufsichtlich viel Widerstand laut, weil die Mitglieder in den im Verhältnis zu den statutarischen Sägen der Arbeitslosenunterstützung etwas reduzierten Sägen der Notstandsunterstützung eine Benachteiligung ihrer erworbenen Rechte erblickten. Dabei wurde ganz übersehen, daß die geringeren Unterstützungsätze reichlich aufgewogen werden durch die nahezu doppelt verlängerte Unterstützungsperiode, nämlich von 8 Wochen bei der Arbeitslosenunterstützung auf 16 Wochen bei der Notstandsunterstützung, so daß in der Endsumme ein erheblich höherer Unterstützungsatz herauskommt als bei der früheren statutarischen Arbeitslosenunterstützung. Berücksichtigt auch noch werden, daß diese Notstandsunterstützung in keiner Weise mit sonstigen Unterstützungssummen eine Aufrechnung erfährt, wodurch den Mitgliedern bei dem Bezug der Notstandsunterstützung weder bei der Einführung derselben Schwierigkeiten entstanden sind, noch ihnen in der Zukunft bei der Wiedereinführung des Statuts und der Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung entstehen werden.

Vorstand, Ausschuß und Verbandsbeirat haben nun aufs neue Stellung genommen zu der Frage, ob die Wiedereinführung des Statuts nunmehr Platz greifen soll, oder ob weiter Kriegsmahnahmen getroffen werden sollen. Von finanziellen Standpunkts aus betrachtet, wäre es für die weitere günstige Gestaltung der Vermögenslage des Verbandes richtig gewesen, jetzt das Statut wieder in Kraft zu setzen. Indessen die 17 500 arbeitslosen Mitglieder, die der Verband nach seiner Statistik zurzeit noch aufzuweisen hat, und von denen mindestens 14 000 noch kein Anspruch auf Unterstützung haben, haben die genannten Körperschaften bewogen, die Unterstützung in der bisherigen Form weiterbestehen zu lassen. Daneben ist beschlossen worden, diejenigen Mitglieder, die bereits ausgesteuert sind, aufs neue in die Berechnung einer Unterstützung auf die Dauer von sechs Wochen einzutreten zu lassen, wenn ausschließlich des Monats Januar, zwölf Wochen seit dem letzten Unterstützungsstage vergangen sind und wenn sie während dieser Zeit mindestens vier Wochen gearbeitet und Beiträge gezahlt haben. Arbeitslose Mitglieder müssen sich während der ganzen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit zur Kontrolle gemeldet haben.

Die Wiederaufstellung der Unterstützungsberechtigung wird weiter abhängig gemacht von einer gewissen Arbeitspflicht. Es ist leider vorgekommen, daß einzelne Mitglieder die ihnen zugewiesene Arbeit verweigert oder ohne Grund verlassen haben und dann wieder Notstandsunterstützung beanspruchen. Dem soll vorgebeugt werden durch die Bestimmung, daß in Zukunft jedes Mitglied, das die Arbeit grundlos verläßt oder die Annahme verweigert, oder das sich selbst auch nicht um Arbeit bemüht, von der Unterstützung auscheidet, ganz gleich, wieviel Unterstützung es bis dahin bezogen hat. In solchen Fällen kann die Unterstützung erst wieder auftreten, wenn das Mitglied nach der Entziehung der Unterstützung mindestens vier Wochen wieder gearbeitet und für diese Zeit Beiträge gezahlt hat. In besonders tristen Fällen dieser Art kann außerdem die Unterstützungsduauer um zwei bis drei Wochen verlängert werden. Gewisse Ausnahmen sollen nur zulässig sein bei offensichtlich kranklichen oder im vorausgesehenen Alter von über 55 Jahren stehenden Arbeitern; aber nur unter Zustimmung des Verbandsvorstandes.

Als weitere Kriegsmahnahmen kommen im Betracht die Zahlung von Notstandsunterstützung an frischabgeworfene Mitglieder, die aus dem Felde zurückkehren, und an Verstärkungen während der Dauer des Krieges. Voraussetzung ist in beiden Fällen neben der Erwerbsfähigkeit der Betroffenden die tägliche Kontrollmeldung. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach den geleisteten Beiträgen. Sie erstreckt sich bei Monatsrenten von N. 15 bis N. 20 auf fünf Tage, von N. 21 bis N. 25 auf vier Tage und von N. 26 bis N. 30 auf drei Tage wöchentlich. Bei höheren oder niedrigeren Rentenabstufungen als den hier angegebenen kommt diese Unterstützung nicht in Betracht. Weiter soll den im Felde stehenden Verbandsmitgliedern die Dauer des Kriegsdienstes auf die Mitgliedschaft angerechnet werden, sofern sie etwaige Beitragsrückstände später begleichen und sich innerhalb vier Wochen nach ihrer Rückkehr aus dem Kriege bei der Organisation melden.

Dagegen haben es die Verbandskörperschaften abgelehnt, die bereits zweimal gezahlte Familienunterstützung zu wiederholen. Bei dem leider noch immer nicht abzusehenden Ende des Krieges muß befürchtet werden, daß die dafür aufzuhwendenden Mittel die finanzielle Kraft des Verbandes allzuschwer in Anspruch nehmen würden. Es muß auch darauf Bedacht genommen werden, den später heimkehrenden Mitgliedern eine wirkliche Unterstützung zuteil werden lassen zu können, wenn nach Beendigung des Krieges jegliche staatliche Unterstützung für sie und für ihre Familien aufgehört hat. Um so mehr muß darauf Bedacht genommen werden, als mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß für die mehr als 100 000 Bauarbeiter, die zurzeit im Felde stehen, nicht sogleich nach ihrer Rückkehr eine ausreichende Beschäftigungsmöglichkeit gegeben ist.

## Sozialpolitisches.

**Sozialpolitische Maßnahmen des Bauarbeiterverbandes.** Kurz nach Ausbruch des Krieges hatten Vorstand und Beirat unter teilweiser Außer Kraftsetzung des Statuts, soweit die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung in Betracht kam, besondere Kriegsmahnahmen beschlossen. Dazu gehörten die Einführung einer Notstandsunterstützung für Arbeitslose und eine periodische Unterstützung für die Familienangehörigen der im Felde stehenden Verbandsmitglieder. Die Notstandsunterstützung, die bis zu 15 Wochen an die Mitglieder gezaubt werden soll, wurde am 31. Dezember bei denjenigen eingestellt, die bis dahin die höchste Unterstützung erhalten hatten. Für die übrigen Unterstützungsberchtigten ruhte die Fortzahlung der Unterstützung für den Monat Januar. Bis zum 31. Dezember waren dafür aus den Mitteln des Verbandes N. 1880 455 verwendet. Für die Familienunterstützung waren bis zu

**Lehrlingskosten und Lebensmittelsteuerung.** Bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen rechtfertigt es sich durchaus, wenn die Arbeiter Leistungszulagen verlangen. Nahtürlich Angestellte und Stundlohnarbeiter hatten während der Kriegszeit keine Gelegenheit, höheren Verdienst zu erzielen, im Gegensatz etwa zu den in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen, die die gute Konjunktur vielfach ein wenig ausnutzen konnten.

Der Verband der Staats- und Gemeindearbeiter bemüht sich daher, für seine Mitglieder Leistungszulagen zu erringen. In einigen Gemeinden wurde folgen Anträge stattgegeben, andere lehnten sie ab. So wurde in Neukölln der Antrag auf Gewährung einer Leistungszulage durch die Aufstellung eines Wochenhaushaltsetats eines städtischen Arbeiters gut begründet. Dieser Wochenhaushaltsetat sieht so aus:

